

Krebs durch Radar: Auch NVA-Soldaten wollen Geld

22.06.2001 (Quelle: [Berliner Kurier](#))

Die jahrzehntelangen Radar-Schlampereien könnten Berlin teuer zu stehen kommen. Neben Bundeswehr-Strahlenopfern drängen jetzt auch Ex-NVA-Soldaten auf hohe Entschädigungen.

Einen Tag nach Rudolf Scharpings (SPD) Ankündigung von schneller Hilfe überreichte Reiner Geulen, Anwalt von 132 ehemaligen Bundeswehr-Radarmechanikern, dem Verteidigungsminister konkrete Schadensersatzforderungen. Geulen forderte für an Krebs erkrankte Opfer Schmerzensgeld von 250000 bis 600000 Mark, bei schweren genetischen Erbschädigungen der Kinder von Opfern sogar bis zu einer Million Mark. Der mangelhafte Schutz vor den extrem hohen Strahlendosen im Gigahertz-Bereich bis in die 80er Jahre sei ein "Skandal", da die Verantwortlichen in den Streitkräften von der Gefahr wussten. Geulens bitteres Fazit: "Die Bundeswehr hat ihre Beschäftigten verheizt."

Der an Leukämie erkrankte Soldat Roger Steinbauer appellierte denn auch eindringlich an Scharping, es nicht bei Lippenkenntnissen zu belassen: "Ich möchte den Erfolg noch erleben."

Doch auch ehemalige Soldaten der NVA wollen jetzt Zahlungen durchsetzen. Der Vorsitzende des Bundes zur Unterstützung von Radargeschädigten, Peter Rasch, kündigte an, Entschädigungen für vier Ex-DDR-Soldaten zu fordern. Die Dunkelziffer von Ost-Strahlenopfern schätzt der Bund auf bis zu 500. Auch der Deutsche Bundeswehrverband prüft mögliche Ansprüche von NVA-Soldaten. "Es müsste mit dem Teufel zugehen, wenn es im ehemaligen Warschauer Pakt nicht auch gesundheitliche Schädigungen durch Radargeräte gab", sagte Verbandschef Bernhard Gertz. Der Haken: Eine Entschädigung für Ost-Soldaten sei schwierig, da das Soldaten-Versorgungsgesetz für sie nicht greife. Gertz: "Wahrscheinlich erhalten sie nicht die gleichen Entschädigungen wie ehemalige Bundeswehrsoldaten."



Created: 23.06.2001 Updated: 24.06.2001